

Das bewegt die SOG

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **181 (2015)**

Heft 8

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

in die Quere kommen, müssen auch zeitlich aufeinander abgestimmt sein; Käser nannte als Beispiel, dass der Bund keine Verteilung von Pandemiemedikamenten anordnen sollte, ehe die Kantone die dafür nötige Organisation geschaffen haben.

Mehrfach unterstrichen Vertreter von Kantonen den Wunsch, den Bund über einen einzigen, über den «Single Point of Contact» anzusprechen. Das wäre besonders wertvoll, wenn ein Bedürfnis neu auftaucht und dafür auf Arbeitsebene noch keine operative Verbindung besteht.

5) Die SVU 14 belebte die Schweizer Übungskultur neu

Eine ausgesprochen breite Teilnahme qualifizierter Exponenten des Bundes, aller Kantone und einiger – wohl noch nicht ausreichend vieler – Betreiber wichtiger Infrastrukturen zeichnete die SVU 14 aus, – wohltuend gerade im Vergleich mit den Jahre zurückliegenden ähnlichen Anlässen. Gleich drei Bundesratsmitglieder, Simonetta Sommaruga, Alain Berset und Ueli Maurer, wirkten zeitweise mit, wo ihre Vorgänger sich durchweg bedeckt hielten.

Nach vielen Jahren Unterbruch fällt noch einigen Teilnehmern schwer, in alle fürchterlichen Abgründe zu blicken, die ein solches Szenario aufreißt. Manches wurde im Zweifel verharmlost, ja mitunter systematisch beschönigt wie die aus vielen echten Einsätzen bekannte Gefahr von Plünderungen. Davon zeugt schon die unrealistisch kleine Zahl von gerade 100 Gesuchen um militärische Unterstützung. In Wirklichkeit lösen weit weniger schlimme Ereignisse begrifflicher Weise eine Flut von Gesuchen aus.

Richtig war, die Teilnehmer der SVU 14 für den Ausbau der Szenarien heranzuziehen. Die beteiligten Stellen tauschten die Zwischenprodukte im Vorfeld der SVU 14 aus, um ihre eigene besondere Lage zu präzisieren. Wahrscheinlich wird das künftig in mehr als einer Runde geschehen müssen. Denn einzig die SBB-Spitze selber kann beispielsweise abschätzen, was Stromausfall und Pandemie für ihren Betrieb bedeuten, und alle anderen Beteiligten müssen sich auf den beeinträchtigen Bahnbetrieb wiederum einstellen können, wenn sie sich ihre Lage ausdenken.

Das «U» von SVU 14 steht für «Übung». Folgeanlässe werden wohl Entscheidungsprozesse nicht nur in Seminarform erörtern, sondern unter Zeitdruck und Überraschung durchspielen. Das bedarf einer

«Fehlerkultur», die verhindert, dass jemand sich als Urheber einer nicht optimalen Massnahme in der Öffentlichkeit blossgestellt findet. Besteht dafür keine Gewissheit, so lassen sich Träger von exponierten Funktionen womöglich gar nicht wirklich auf die Übung ein.

Immer wieder zu spüren war in der SVU 14 eine gewisse Angst, spätere Übungen würden wieder auf dem gleichen Stand beginnen, ohne spürbaren Fortschritt. Dass für den meisten erkannten Handlungsbedarf «Reporting» und «Monitoring», eingeführt werden, also Berichtspflicht gegenüber dem eine milde Aufsicht führenden SVS, sollte dem vorbeugen. Sprecher der «Politischen Plattform» versicherten in Interlaken mehrfach, da bleibe es nicht bei leeren Worten.

Nicht minder wichtig ist der Wissenstransfer bei der Weitergabe von Funktionen, weil das Personalkarussell sich überall unentwegt dreht.

Bundesrat Ueli Maurer, nach eigenem Bekunden ausgesprochener «Übungsfreak», stellte aufgrund des Bundesratsbeschlusses einen eigentlichen Übungsrhythmus in Aussicht. Hoffentlich kalkuliert er allzu vorsichtig, als er antönte, bis zur nächsten SVU dürften vier bis acht Jahre verstreichen. ■

- 1 www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/documentation/bases/sicherheit.html (aufgerufen 17.07.2015).
- 2 Vorsteher des VBS und Vorsteherin des EJPD.
- 3 «Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren und -direktorinnen (KKJPD)», derzeit präsiert vom Berner Sicherheitsdirektor Hans-Jürg Käser, und «Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RKMZF)», gegenwärtig unter dem Vorsitz des Tessiner Staatsrates Norman Gobbi.
- 4 OSTRAL ist die Organisation für Stromversorgung in Ausserordentlichen Lagen. Sie wird beim Eintreten einer Strommangellage auf Anweisung der Wirtschaftlichen Landesversorgung (WL) aktiv. – www.ostral.ch (aufgerufen 17.07.2015).
- 5 Schlussbericht SVU 14, Kurzfassung, S.21 (siehe oben, Fussnote 1).
- 6 Bei einem Ereignis von nationaler Tragweite kommt der Bundesstab ABCN zum Einsatz. Dieser beurteilt die Gesamtlage und mögliche Entwicklungen. Er steuert die Massnahmen des Bundes bei der Bewältigung von Ereignissen mit erhöhter Radioaktivität sowie bei biologischen, chemischen und Naturereignissen (ABCN-Ereignissen). Er sorgt dafür, dass die Massnahmen der verschiedenen Bundesstellen und der Kantone aufeinander abgestimmt sind und bereit, wenn notwendig, Anträge an den Bundesrat vor. Der Stab ist modular zusammengesetzt und umfasst jeweils die Direktoren und Verantwortlichen der bei einem Ereignis involvierten Bundesstellen und der Kantone. (Quelle: «Bevölkerungsschutz» 14/2012, S.20).

Das bewegt die SOG

WEA – wie weiter?



Der Entscheid des Nationalrates vom 18.06.2015 beschäftigt uns alle. Wie kam es, dass in der Gesamtabstimmung das Projekt WEA abgelehnt wurde, nachdem es in den einzelnen Teilaspekten zuvor Zustimmung erfuhr? SVP-Parlamentarier und die linken Parteien haben die Vorlage zurückgewiesen – mit diametral entgegengesetzten Motiven. Die linken Parlamentarier sind aus ideologischen Gründen gegen alles, was der Armee und der Sicherheit dient. Die SVP wollten den Betrag für das jährliche Armeebudget im Gesetz verankern. Ordnungspolitisch eher unkonventionell, vor dem Hintergrund des bundesrätlichen Sparprogramms jedoch nachvollziehbar.

Und das ist der Schlüsselfaktor: Das Parlament hat in Sachen Armee und Sicherheitspolitik kein Vertrauen mehr in den Bundesrat. Dieses Misstrauen wurde mit dem Sparprogramm leider bestätigt. Es gefährdet den wiederholt bestätigten Entscheid des Parlaments, das Armeebudget auf 20 Mrd. Franken über vier Jahre zu fixieren. Zur Erinnerung: die fünf Milliarden jährlich sind bereits ein Kompromiss, der das absolute Minimum darstellt. Die Armee benötigt erwiesenermassen 5,4 Mrd. Franken jährlich.

Der Bundesrat muss dem Parlament und der Bevölkerung endlich seine Karten offen auf den Tisch legen: Welchen Grad an Sicherheit will er für die Schweiz und wieviel ist er bereit, dafür zu investieren. Der Bundesrat kann nicht auf der einen Seite die WEA mit einem klaren Leistungsauftrag vorantreiben und auf der anderen Seite die dazu benötigten Mittel nicht sprechen.

Die SOG bleibt dabei: die Armee muss dringend modernisiert werden, die WEA ist mit den geplanten Verbesserungen und Änderungen an der Botschaft rasch umzusetzen und der Budgetrahmen der Armee ist bei rund 20 Mrd. zu sichern.

Die SOG konzentriert sich dabei auf zwei Stossrichtungen:

1. Das Sparprogramm bekämpfen und der Armee die benötigten Mittel sichern;
2. Die WEA weiter unterstützen, gemäss dem SOG-Positionspapier, das am 15. März 2015 von der SOG-Delegiertenversammlung verabschiedet wurde.

Wir bleiben wachsam und sind zuversichtlich, dass das Parlament sich auch in neuer Zusammensetzung für die WEA und eine ausreichend finanzierte, ausgerüstete und ausgebildete Armee aussprechen wird.

Br Denis Froidevaux, Präsident SOG